



## **BdSt fordert: Profi-Fußball an Polizeikosten für Hochrisikospiele beteiligen**

### **Gästefan-Ausschluss hat sich zum Bumerang entwickelt**

Hannover, den 13. November 2024 – Die staatlich angeordnete Reduzierung des Gästefankontingents beim Niedersachsenderby zwischen Eintracht Braunschweig und Hannover 96 hat sich, wie erwartet, zum Bumerang entwickelt. „Es war leichtsinnig anzunehmen, dass diejenigen, die bei Derbys in der Vergangenheit durch Gewaltbereitschaft aufgefallen sind, angesichts staatlich verordneter Verkaufsverbote die Hände in den Schoß legen würden“, findet BdSt-Vorstandsmitglied Jan Vermöhlen. Die Kosten für den ausgelösten Polizeieinsatz dürften die Millionen-Euro-Marke wohl erneut überschreiten. Weil durch die Verkaufsbeschränkungen auch unbescholtene Fans in Mithaftung genommen wurden, gestaltet sich der notwendige Dialog mit den Vertretern der Fanszenen nun zunehmend schwierig.

Den Vereinen ist es bisher nicht gelungen, wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um den bei Hochrisikospiele notwendig erscheinenden Polizeiaufwand zu begrenzen, stellt Vermöhlen fest. „Es ist daher höchste Zeit, dass kommerzielle Fußballvereine, die von dem zusätzlichen Polizeiaufwand bei dieser Hand voll Spielen profitieren, auch einen angemessenen Beitrag zu dessen Finanzierung leisten“. Dies würde aufseiten der Deutschen Fußball Liga (DFL) und der Vereine zugleich die Anreize erhöhen, geeignete Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.

Um einen Flickenteppich sowie Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Ligen zu vermeiden, schlägt der Bund der Steuerzahler einen bundesweiten und von der DFL verwalteten „Polizeikosten-Fonds“ vor, in den die gewinnorientierten Fußball-Clubs regelmäßig Beiträge zur Abgeltung erhöhter Polizeiaufwendungen bei Hochrisikospiele einbringen.

Sofern sich die DFL und die in ihr organisierten Vereine weiterhin gegen eine privat organisierte Fondslösung sperren, sollte das Land Niedersachsen eine eigene gesetzliche Grundlage schaffen, um den Profi-Fußball zur Kasse zu bitten. Als Vorbild könnte die „Bremer Polizeigebühr“ dienen.